

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Der Zeitungspreis für Abonnenten beträgt für In- und Ausland pro Vierteljahr 300 Mark. • • • Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg, Kosminstraße 4. • • • Telephonnummer: Berlin Amt Wilhelm 4952. • • •

Immer strebe zum Ganzen und laß dich nie von einem Ganzen trennen
••••• Als dienendes Glied laß dich an ein Ganzes dich an •••••

„Die Ameise“ erscheint jeden Samstag.

Inserata: Die 3spaltige Preistabelle für Geschäftsleute 2000 Mark, im Arbeitsmarkt 1200 Mark. Für arbeitssuchende Mitglieder ist der Arbeitsmarkt nach wie vor frei. Postcheckkonto: 9308 Berlin, W. Herden, Charlottenburg 1.

Wirrwarr in der deutschen Wirtschaft.

Reichlich spät hat man sich dazu entschlossen, am Devisenmarkt diejenigen Eingriffe vorzunehmen, die der Schutz der deutschen Währung gebieterisch erfordert. Es wirkt wie eine Ironie, wenn man jetzt beobachtet, wie dieselben Preise, die die Forderung der Sozialdemokraten dauernd bekämpft haben, Schritt um Schritt sich ihrer Auffassung nähern und eine ganze Reihe von Einzelmaßnahmen treffen, die in die wirtschafts- und währungsrechtliche Richtung der Wünsche unserer Genossen fallen. Aber man läßt sich treiben, man geht zögernd vor und bleibt bei halben Maßnahmen stehen, wo die täglich sich verschärfende Not ganze Arbeit erfordert. Kein Wunder, daß unter diesen Umständen ein Wirrwarr am Devisen- und am Warenmarkt herrscht, der in der Geschichte der deutschen Währung seinesgleichen sucht. Verzweifelt müht sich die Reichsbank, den Devisenkurs mit ungeeigneten markttechnischen Maßnahmen niedrig zu halten. Rücksichtslos broffelt sie die Nachfrage nach fremden Zahlungsmitteln an der Berliner Börse ab, ja ihre Rücksichtslosigkeit geht so weit, daß sie sich sogar entschlossen hat, nach zwei Monaten ihres Bestehens denjenigen Gebrauch von der Devisenverordnung zu machen, der verspricht, die Forderungen gegen die Mark zu erkennen und an ihren empfindlichen Stellen zu paden. Das ist schon einige Leistung für ein Reichsbankdirektorium, von dem man weiß, daß es bisher immer durch stille Solidarität die Interessen derer geschützt hat, die auf die Entwertung der Mark spekulierten. Man erinnert sich noch deutlich an Herrn Habenstein, der seinerzeit den Einbruch in den Devisenmarkt vom 18. April in einer Umwandlung von Selbstbewußtsein drastisch gekennzeichnet hat, um dann bei feinem Verhör im parlamentarischen Untersuchungsausschuß zur gleichen Frage zu erklären, er habe nicht bestimmte Personen und Konzerne im Auge gehabt. Man erinnert sich noch deutlich an das Reichsbankdirektorium, das den Forderungen des Genossen Robert Schmidt als Reichswirtschaftsminister eines zähen Widerstand gegenübergestellt hat und das es heute fertig bekommt, nur 3 bis 5 Proz. der Nachfrage nach hochwertigen Werten zuzuteilen und praktisch eine Devisenbewirtschaftung in einem Umfange auszuüben, den es früher selbst für unmöglich hingestellt hat. Aber es sind nur technische Mittel, mit denen man arbeitet. Die sachlichen Voraussetzungen für eine Verschlechterung der Währung bleiben solange bestehen, wie die Ratepresse mit Millionenbeträgen wöchentlich den Geldmarkt flutigt erhält, die Geldmengen in den Händen großer Spekulantengruppen sich sammeln und so die Flucht in die fremde Währung begünstigt wird. In der letzten öffentlichen Sitzung des Reichstagsausschusses zur Untersuchung der Ursachen des Marksturzes hat der Chefredakteur Georg Bernhardt in außerordentlich treffender Weise geäußert, wie die Schaffung von Goldsteuern die wesentliche Voraussetzung für die Durchführung einer Stützungsaktion und zugleich für die Sanierung der Reichsfinanzen ist. Wäher sträubt sich das Reichsfinanzministerium gegen diese Form der Steuererhebung, die selbstverständlich in erster Linie die Besitzenden treffen würde, nachdem die Arbeitnehmer sowohl in der Lohnsteuer wie in den Verbrauchssteuern grobenteils bereits Goldsteuern entrichten. Die Folge davon, daß man sich auf markttechnische Eingriffe zur Hebung der Mark beschränkt, ist der Wirrwarr, der sich jetzt beobachten läßt. Für die deutsche Mark gibt es einen Doppelkurs, einen im Inland und einen im Ausland. Wird der Dollar, wie das z. B. am letzten Dienstag geschah, in Berlin auf 186 500 M. festgesetzt, so wird aus Amerika ein entsprechender Kurs von rund 270 000 bis 280 000 M. für den Dollar gemeldet. Die Spekulation richtet sich natürlich vorwiegend nach der Bewertung der Mark im Auslande, sieht sich aber außerlands. Devisen in dem Umfange zu erwerben, wie sie es gerne möchte, weil in Berlin nur ein winziger Teil der Nachfrage befriedigt wird, während die Devisenbeschaffung im Auslande eben infolge der unüberhältnismäßig hohen Spannung zwischen Inlands- und Auslandskurs doch ein wenig riskant ist. Und die Denkweise der Spekulanten hat sich ja in den acht fetten Jahren der Selbstentwertung ganz merkwürdig gewandelt. Früher gehörte zum Spekulieren immerhin Wagemut; es galt etwas zu riskieren und man konnte auch bei einem ungeschickter Schlag sehr leicht Kopf und Krage verlieren. Daß es so etwas noch gibt, glaubt der Spekulant von heute nicht mehr. Heute ist Spekulieren gleichbedeutend mit Verdienen, da die Mark immer mehr ihrer katastrophischen entgegengesetzten, und die Denkweise selbst führender Industriekreise ist ganz darauf eingestellt, diese Entwertung als etwas „Naturnotwendiges“ anzusehen.

Der Wirrwarr am Devisenmarkt greift automatisch auf den Markt von Importwaren über. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Nachfrage nach Devisen in Deutschland heute künstlich gesteigert ist, deshalb, weil jedes Kind aus der großen Spannung zwischen Inlands- und Auslandskurs entnehmen kann, daß die mit den billigen im Inland erstandenen Devisen eingekauften Importwaren schon im Augenblick des Geschäftsabchlusses einen viel höheren Preis in Gold und in Papier darstellen, als er

unter Zugrundelegung des inländischen Devisenkurses gezahlt zu werden braucht. Weil die Nachfrage übergroß ist, braucht man dem Geschrei der Interessenten nicht weiter Gehör zu schenken, die immer wieder versichern, daß man wesentlich billiger Getreide und andere Waren einführen könnte, wenn die Devisenregelung nicht da wäre. Denn im selben Augenblick, wo die Eingriffe der Reichsbank fortfallen würden, würde sich ja der inländische Devisenkurs automatisch erhöhen und das ausländische Getreide ebenso wie jede andere Ware bedeutend teurer im Einkauf sein, als es jetzt hier und da der Fall ist. Immerhin ist in der letzten Zeit wiederholt beobachtet worden, wie ausländisches Getreide wesentlich billiger angeboten wurde, als die Marknotierung für Inlandsgetreide lautete: Wir haben eben auch hier bereits den Doppelkurs, genau wie bei den Devisen. Nur ist hier ein Unterschied: die Preisüberspannung für inländisches Getreide, die sich daraus ergibt, kommt restlos den Agrariern zugute, die ja weder für Düngemittel, noch für Maschinen und Geräte, noch für die Arbeitskraft die Goldpreise zu zahlen haben, die etwa der amerikanische Farmer zahlen muß, ganz abgesehen von dem natürlichen Preisunterschied, der sich aus der hohen Dollarfracht für amerikanisches Getreide nach dem Kontinent ergibt und dessen Höhe ebenfalls in die Taschen der deutschen Agrarier fließt. Durch ein anderes Moment wird der Getreidemarkt noch weiter geküht. Das feuchte Wetter ist zwar dem Stand der Saaten außerordentlich günstig gewesen, und es läßt eine sehr gute Ernte erwarten, wenn jetzt die in zwischen eingetretene warme Periode noch längere Zeit anhält. Aber Mitte und Fruchtanfang sind wesentlich verzögert, so daß die Getreideernte wahrscheinlich im Durchschnitt erst etliche Wochen später als in normalen Jahren eingebracht werden kann. Für die Brotversorgung des deutschen Volkes ist das von beträchtlicher Wirkung, nicht minder für die Getreidepreise. So war beim Roggen einige Tage zu beobachten, daß er sich der allgemeinen Preisaufrichtung nur langsam angeschlossen, als die gute Witterung einsetzte, der Preisanstieg wurde aber bald wieder lebhafter, als die Konkurrenz des fremden Getreides durch die Devisenknappheit in hohem Maße ausgeschaltet war. Die Hoffnung auf die freie Getreidezufuhr, die demnächst in Kraft tritt, mag ein übriges dazu getan haben, um den Roggenpreis bis zum Montag auf eine Höhe von rund 450 000 M. je Zentner herauszutreiben.

Am Metallmarkt, der fast ausschließlich von Importware beherrscht wird, hat die Verwirrung des Devisenmarktes dazu geführt, daß man die Notierungen ganz einstellte, weil der große Unterschied zwischen dem Preis der Mark im Inland und Ausland eine Kalkulation nahezu verhindert.

Die dringende Nachfrage nach Devisen ist um so auffällender, als die Mengenergebnisse für den Außenhandel des Monats Mai fraglos eine Besserung der Handelsbilanz erkennen lassen. Die Ausfuhrmengen sind viel weniger zurückgegangen, als die Einfuhrmengen, und wenn auch ein Schluß aus der Handelsauf der Zahlungsbilanz nur mit Einschränkungen möglich ist, so liegt doch hier eine bemerkenswerte Abweichung von der früher beobachteten Regel vor, daß bei sinkendem Markkurs die Einfuhr panikartig steigt und der Ausfuhr ebenfalls größere Möglichkeiten eröffnet sind. Teilweise mag diese Anomalie durch die Ruhrbesetzung und dadurch herbeigeführt sein, daß die Außenhandelsstatistik lückenhaft ist; immerhin ist das Ergebnis der Statistik von großem Interesse im Hinblick auf die Tatsache, daß die Besetzung des Ruhrgebietes einen gewaltig gesteigerten Einfuhrbedarf bedingen mußte, während die tatsächliche Einfuhr des Mai sich der durchschnittlichen Einfuhrmenge des Vorjahres nähert.

Die Verhandlungen zwischen Unternehmern und Arbeitern im Metallarbeiterstreik haben die Möglichkeit der Einführung verideständiger Löhne weiter geklärt. Zum ersten Male liegt in einer großen Berufsgruppe das Zugeständnis der Unternehmer vor, daß durch Anwendung eines Index der Reallohn im Tarifvertrag fest zu verankern ist. Zur Stunde der Niederschrift liegt die Stellungnahme der Arbeiter zu diesem Zugeständnis noch nicht vor. Immerhin ist die vorgeschlagene Einigungsform bereits ein Beweis dafür, daß die Einsicht in die Notwendigkeit wertbeständiger Löhne auf beiden Seiten im Wachsen ist und die Frage spät, aber doch ihrer Lösung näher kommt.

Die Löhne zu den Warenpreisen.

In einer geregelten Wirtschaft wird der Lohn stets als ein Anteil am Erzeugnis angesehen. Er kommt beim Preis der Ware in Anrechnung und ist in den Grenzen gehalten, daß Arbeiter und Arbeiterinnen davon ihr Leben fristen und ihre sonstigen Bedürfnisse bestreiten können, ähnlich wie wir die wirtschaftlichen Verhältnisse vor dem verhängnisvollen Weltkrieg hatten. In Deutschland hat sich seit jener Zeit eine kleine Wandlung vollzogen. Der Lohn gilt wohl noch theoretisch als ein Anteil am Preis der Ware, wird auch berechnet, um neue Preis erhöhungen zu rechtfertigen, aber in der Ausgabe fällt er nicht besonders beschäftsbelastend ins Gewicht. In der Multiplikatorberechnung der Interessenverbände der Porzellanindustrie wird z. B. aus den Materialien: Inlands-

kohle, Auslandskohle, Inlandskaolin, Auslandskaoalin, sonstige inländische Rohstoffe und sonstige ausländische Rohstoffe, der Kostenindex und der Reichsindex, und aus ihnen der Branchenindex berechnet, der für die Höhe des Multiplikators bestimmend ist. Bei der Errechnung des Preises ist also weder der Lohn, noch der Profit oder die „Sicherung“ der Unternehmer irgendwie zu erkennen. Der Multiplikator ist jedoch nur für die Inlandspreisfestsetzung maßgebend. Für das Ausland gelten die richtiggestellten Friedenspreise, bei denen der Weltleistungsfaktor berücksichtigt wurde. Sie werden stets in Dollar berechnet; valutastärkeren Ländern wird Rabatt gewährt. Nur einzelne Betriebe verkaufen in Gulden, Schweizer Franken, Pfund Sterling usw. und werden in keiner Weise von Lohn erhöhungen beeinträchtigt; denn der Geldkurs der valutastarken Länder ist ja den Lohn erhöhungen stets weit voraus. 60 Proz. der deutschen Erzeugung werden nach dem Geständnis der Unternehmer nach derartigen günstigen Bedingungen verkauft.

Recht und billig wäre nun, wenn die Arbeitgeber ihren Arbeitern die Erzeugung ermöglichen, auch ihren Lohnanteil an den Auslandspreisen zuzuteilen und — da es nicht anders möglich ist — in Papiermark auszahlen würden. Sie tun das jedoch nicht, sondern nehmen den Anteil des Arbeiters zum wesentlichen Teil für sich und zahlen nur die ganz bedeutungslosen Papiermarklöhne aus. Zahlenmäßig kommt dies so zum Ausdruck: Ein Arbeiter oder eine Arbeiterin fertigt in der Woche Ware, die der Fabrikant um 100 Dollar verkauft. An Arbeitslohn sind von zehn Teilen zwei hineinkalkuliert = 20 Dollar; davon würde schätzungsweise die Hälfte auf den Dreher und die übrige Hälfte auf die anderen an der Fertigstellung der Ware beteiligten Arbeiter und Arbeiterinnen fallen. Von den 10 Dollar bekommt der Dreher in Papiermark höchstens 2. Zwei Dollar galten beim Schreiben dieser Zeilen in Berlin 186 000, in New-York 250 000 Papiermark. Wird die Ware am gleichen Tage bezahlt, so ist ihr Preis leicht zu erordnen; der Wochenlohn betrug vor 14 Tagen, als sie vom Dreher gemacht wurde, kaum 372 000 bzw. 500 000 M. Um das andere fehlende Geld ist er, gelinde gesagt — geprellt worden. Allerdings muß dabei zugestanden werden, daß das Verkaufen ein Glücksspiel ist, wenn der Dollar, wie z. B. am 19. Juni, auf 167 000, am 20. auf 141 000, am 21. auf 108 000, am 22. auf 142 000 und am 23. auf 122 000 M. steigt oder fällt. Das sind große Schwankungen, denen auch der Arbeitslohn ausgesetzt wäre, selbst wenn wir Arbeitnehmer die Macht hätten, ihn auf Dollarführung aufzubauen. Immerhin ist der Gewinn noch sehr hoch, daß er derartige Preisunterschiede ertragen kann.

Aber auch zu der alten volkswirtschaftlichen Anschauung, daß der Lohn je nach seinem Anteil am Produkt in einer prozentualen gleichmäßigen Höhe mit dem Warenpreis steigt, läßt sich für die feinkeramische Industrie nicht in Anwendung bringen. Erstens liegen die Verhältnisse innerhalb der Industrie zu unterschiedlich, weil die Auslandslieferungen die des Inlandes übersteigen, und zweitens zeigt die jedesmalige Festsetzung des Multiplikators zum Lohn ganz beträchtliche Unterschiede. Ich führe dazu einige Beispiele an, lege zum Vergleich den Friedensstundenlohn eines sonstigen Arbeiters mit 24 Jahre in Groß-Berlin zugrunde und berechne ihn mit 50 Pfennig = 1/2 Mark. Zu Beginn dieses Jahres bestand:

Multiplikator		Stundenlohn	
ab 1. 1.	70 = 1 400 facher Friedenspreis	340,35	M.
" 15. 1.	80 = 1 600 "	444,88	"
" 5. 2.	180 = 3 600 "	800,84	"
" 12. 2.	250 = 5 000 "	1042,78	"
" 28. 2.	250 = 5 000 "	1209,57	"
" 30. 4.	250 = 5 000 "	1418,57	"
" 14. 5.	310 = 6 200 "	1631,12	"
" 28. 5.	310 = 6 200 "	1702,04	"
" 4. 6.	550 = 11 000 "	2725,—	"
" 18. 6.	550 = 11 000 "	4769,—	"
" 25. 6.	550 = 11 000 "	5041,—	"
" 2. 7.	1400 = 28 000 "	9078,—	"
" 9. 7.	1400 = 28 000 "	9809,—	"
" 10. 7.	1800 = 36 000 "	?	"

Diese Aufstellung läßt also sehr große Unterschiede erkennen. Wäre der Lohn im gleichen Verhältnis wie die Preise in die Höhe gegangen, so hätte der sonstige Arbeiter in Berlin am 1. Januar 700 und 800 M. Stundenlohn haben müssen; in der Zeit der sogenannten Marktstabilisierung zugunsten der Industrie, Banken und sonstigen Spekulationsgeschäfte 2500 M. Der wirkliche Stundenlohn hinkt also beträchtlich hinter dem notwendigen nach. Außerdem weichen die Daten der Preisfestsetzungen mit denen der Lohnfestsetzungen voneinander ab. Für uns Arbeitnehmer wäre es ein gewisses Wagnis, uns mit der Lohnfestsetzung an die des Multiplikators zu binden. Wir hätten schließlich freiere Bewegung, wenn wir einen anderen Weg, ähnlich wie die Landarbeiter mit den Roggenpreisen, die Beschäftigten mit der eigenen Städteerzeugungsziffer usw., suchen würden.

Allerdings könnten wir uns schließlich auch damit einverstanden erklären, daß wir den Grundlohn nach dem Multiplikator festlegen, und daß die eintretende Teuerung stets nach der Prozentziffer des Reichsstatistischen Amtes noch nachträglich dazu bewilligt wird. Für die Woche vom 2. bis 8. Juli würden dann für den in Berechnung gestellten sonstigen Arbeiter nach dem Multiplikator 14 000 M. Stundenlohn gezahlt werden müssen, woraus für die nächstfolgende Woche der Steigerungssatz vom 11. Juli in Höhe von 32,9 Proz. käme. Da aber auch ein neuer Multiplikator von 1800 festgelegt wäre, wäre es besser, ihn als neuen Grundlohn einzuführen, was einem Tarifunterlohn ohne Leistungszulage von 18 000 M. für den sonstigen Arbeiter entsprechen würde. Die Allfahndung müßte prozentual dazu gesteigert und die Spanne ablassen werden.

Die Arbeitgeber können sich bei den nächsten Lohnverhandlungen dazu erklären. Ihre Ablehnungsgründe zu erfahren, wäre für die Arbeitnehmerschaft ganz lehrreich. Jedenfalls wären die Arbeitnehmer bisher bedeutend besser daran gewesen, wenn sie ihre Friedenslöhne jedesmal mit der gleichen Prozentzahl hätte erhöhen können, wie die Arbeitgeber ihre Waren-

preise steigerten. Die Aufstellung seit Januar 1922 läßt erkennen, daß sie dabei besser gefahren wären, als mit den zwei geläufigsten Abkommen mehr.

Wenn nicht bald eine grundsätzliche Form gefunden wird, muß der Kampf um zeitentsprechende Löhne auch in der feineren Industrie ausbrechen. So wie bisher, kann es nicht mehr lange gehen. An der Arbeiterfront liegt es nun, eine baldige Aenderung herbeizuführen. Das kann sie, wenn sie den Willen hat.

Friedenslöhne zur Sicherung des Existenzminimums.

Von Georg Wünche, Coburg.

Es beweist der Artikel „Die falschen Indizes“ in Nr. 23 der „Arbeiter“, sowie auch ein Artikel von Wilhelm Sawienty in der „Roten Fahne“, wie ungeheuer groß die Gefahren sind, wenn die Zahlen auf unvollständigem oder fehlerhaftem Material oder auf falschen Berechnungen beruhen. Eine ganze Reihe von Fehlern beeinflusst offenbar die Indizes, die das Statistische Reichsamt allmonatlich über Veränderung der Lebenshaltungskosten herausgibt. Dr. Wilhelm Wagner schreibt, daß diese Indizes auf die notwendigsten Aufwendungen beschränkt sind. Sein Aufsatz zeigt, daß er mit aller Schärfe gegen diese Art mangelhafter Statistik vorgeht, da es eine ungeheure Gefahr ist, die in rechtlicher Beziehung aus den falschen Zahlen droht und zahllose Existenzen auf das schwerste benachteiligt. Es ist ganz klar, daß der Zweck einer bürgerlichen Berechnung des Existenzminimums nur der ist, unter Beugung der Tatsachen zu „beweisen“, daß der Lohn noch weit über den unbedingt nötigen Mindestausgaben liegt. Ich erinnere an das November-Programm der Räte-Regierung, das jetzt in Form des Memorandums der deutschen Regierung als Garantie für die Reparationsleistung an Poincaré gelangt wurde. „Verminderung der Zahl der Angestellten und Beamten“ — also noch vermehrte Erwerbslosigkeit, „Erhöhung des Wirkungsgrades der Arbeit“ — also: nach Anspannung und Auspowerung der Arbeiterschaft, „Neuregelung des Arbeitszeitrechtes“ — also: restlose Aufhebung des Achtstundentages, unbegrenzte Arbeitszeitverlängerung auf „gesetzlichem Weg unter Mißbrauch der Verwaltungsbefugnisse“. Es ist ein sinnloses Bestreben, zur erhöhten Arbeitsleistung und Verlängerung des Arbeitstages zu drängen in einer Zeit, da viele Millionen Arbeiter arbeitslos sind. Um Verschärfung der Krise, zu der es kommen muß, kümmert sich der einzelne Kapitalist nicht. „Zwangsbewirtschaftung des Brotgetreides“ — also: unbegrenzte Verteuerung des wichtigsten Nahrungsmittels der erwerbstätigen Bevölkerung. Diejenigen, die es konnten, haben nicht mit einer heroischen Entschlossenheit vor den Augen des Volkes dem in allen Reparationsstädten befindlichen Staate die Vermögens- und Sachwerte als Opfer angeboten. Vielleicht bleibt dem Volke ein bitterer Geschmack im Munde, nachdem es aus der Denkschrift des Reichsverbandes der Industrie ganz andere Eindrücke gewinnen mußte. Wenn zu all diesen Momenten dann noch ein neuer rapider Marktfurz kommt, ohne daß die Einkünfte der breiten Schichten nur im entferntesten nachkommen können, dann steht eben die Entwidlung mit unerbittlicher Konsequenz die Massen in Bewegung. Wer sich darüber heute wundert, der hat von der Geschlichkeit des geschichtlichen Verlaufs keine Ahnung. So wie bisher kann es nicht weiter gehen! Der Arbeiter, der Reichthümer für andere schafft, will und muß so viel an Einkommen erhalten, als er zu seiner und seiner Familie Existenz bedarf. Sie jeder hat das Recht zu leben, folglich auch — der Güter erzeugende Arbeiter! Denn jeder Tag bedeutet eine automatische Vorkaufung. Anwohner steigen die Preise rasend. Der Rentner Kohle wird im Kleinhandel auf 91 000 Mk. kommen; Margarine ist unter 2 000 Mk. von jetzt ab kein Pfund mehr zu haben. Seit dem Scheitern der Marktstabilisierung haben Geldentwertung und Teuerung solche Riesenschritte gemacht, daß die bisherige Lohnstatistik der Gewerkschaften damit nicht mehr Schritt halten kann. Eine Aenderung dieser Lohnpolitik ist notwendig, wenn die Arbeiterfront vor völliger Verelendung bewahrt bleiben soll. Mitte Mai, Anfang Juni 1923 stand es so: Mißbräute Devisenspekulation der Börsenjobber, die von Schwerindustrie betriebene Wucherpolitik bei der Kreisbildung hatte die Lebenshaltung der deutschen Arbeiter unter das Niveau eines chinesischen Kuli herabgedrückt. Alle Lohnbewegungen wurden von der deutschen Regierung unterbunden. Die „Marktstabilisierung“ und der „Ruhrkampf“ durften ja nicht in Gefahr gebracht werden. Als die Lage der Arbeiter unerträglich geworden war, entstanden die gewaltigen Streiks in allen Gauen Deutschlands: Rheinland-Westfalen, Obersachsen. Für Montag, den 2. Juli, waren beide „Parteien“ zum Reichsarbeitsminister geladen. In der Kommission, die von der Zentralarbeitsgemeinschaft gewählt wurde, häuften sich die guten Worte der Anerkennung der Arbeitsmühsamkeit und die der Unhaltbarkeit des derzeitigen Lohnsystems zu wahren Bergen. Positive Vorschläge brachten die Unternehmer überhaupt nicht mit. Unzählige Male haben die Gewerkschaftsführer bereits vor dem Kriege nachgewiesen, daß sich die Lebenshaltung der Arbeiter und Angestellten im Vergleich zu der bestehenden Klasse in Deutschland ständig verschlechtert. Die Gewerkschaften hatten es sich zur Aufgabe gemacht, die Lebenshaltung der Werttätigen zu heben und zu bessern. Arbeiter, die heute also Friedensreallohn, Wiederherstellung des Lebensstandards von vor dem Kriege verlangen, sind selbst nach gewerkschaftlicher Auffassung von vor dem Kriege in ihren Forderungen sehr bescheiden. Hier möchte ich mit einem Schreiben, das der Nordwestdeutsche Arbeitgeberverband für das Baugewerbe (Sieg Hamburg) seinen Mitgliedern „streng vertraulich“ zugeandt hat, die Angaben Sawienty erhärten, daß der Arbeitgeber wider besseres Wissen betont, daß die Arbeiterfront ja eigentlich noch viel zu gut bezahlt würde:

Wir haben schon seit längerer Zeit auf Grund der auch von uns aufgestellten Ermittlungen den Standpunkt vertreten müssen, wenn wir ihn auch selbstverständlich den Arbeitern gegenüber nie zum Ausdruck gebracht haben, daß sich die dauernde immense Verteuerung aller Lebensmittel — nicht nur der Lebensmittel — auf Stadt und Land in gleicher Weise auswirkt, und wird durch die Reichstatistik in anderer Auffassung, allerdings für die kleineren Gemeinden in für sie noch weit ungünstigerer Form, festgestellt. Wir bitten namentlich unsere landlichen Vereine, die uns stets den Vorwurf machen, daß ihre Interessen bei den Lohnfestsetzungen nicht in genügender Weise gewahrt werden, diese statistische Zusammenstellung auch auf ihr Gebiet hingenommen in Anwendung bzw. in ihren Mitteilungen an die Zentralarbeitsgemeinschaft zu bringen, damit die Mitglieder an der Überzeugung gelangen, daß gegen letztere nachgewiesene Tatsachen noch mehr anzukämpfen, als es stets bisher geschehen ist, auch für uns eine Unmöglichkeit darstellt.

Diese Mitteilung bitten wir im eigenen Interesse streng vertraulich zu behandeln (vertraulich soll die Wahrheit behandelt werden; denn in diesem Falle würde ein Bekanntnis Selbsttötung). Wir merken es ja am eigenen Leibe, wie immer rascher die Preise steigen und immer geringer die Kaufkraft unseres Lohnes wird. Die Lohnlagen gleichen die rasider Preissteigerungen nicht aus. Während wir das Nötigste zum Leben nicht haben, führen Parafiter der menschlichen Gesellschaft ein Schlammerleben. Parasiten sind die Kurorte und Bäder, während wir mit Frau und Kindern zugrunde gehen, weil uns die nötigsten Nahrungsmittel fehlen. In der letzten Woche haben besonders die Preise eine wahnsinnige Höhe erreicht. Dieser Zustand der Lohn. Ein Arbeiter verdiente 1913/14 durch-

schnittlich 30 Mk. in der Woche. In der letzten Juniwoche betrug sein Lohn 254 000 Mk. Davon werden noch Steuern, Krankenkassengebühren abgezogen. Der Arbeiter bekommt einen Nettolohn von 225 000 Mk. Wie sehr die Kaufkraft des Arbeitelohnes gesunken ist, zeigt folgende Gegenüberstellung: 1914 betrug der Wochenlohn 30 Mk., Ende Juni 1923 225 000 Mk. Davon konnte der Arbeiter kaufen:

1914	Ende Juni 1923
60 Pfund Margarine,	10 Pfund Margarine,
600 Stück Eier,	230 Stück Eier,
8 Paar Schuhe.	1 Paar Schuhe (schlechte).

Die Lebenshaltungskosten betragen in der letzten Juniwoche (die eine Familie, bestehend aus Mann, Frau und zwei Kindern, unbedingt machen muß) 485 800 Mk.

Als Grundlage für die Ernährung dienen die von sämtlichen National- wie Sozialhygienikern geforderten 3000 Kalorien pro Tag für den erwachsenen Mann. Es ist dies das mindeste von dem, was zur Erhaltung des Lebens und der Arbeitsfähigkeit unbedingt notwendig ist. Im übrigen schon deshalb wichtig und unerlässlich die Aufnahme von Butter, Milch, Eier, Gemüse usw., die zur Verhütung von Stenose, Rachitis (englische Krankheit) und anderer, wie den Folgen der Ernährung beruhender Hungerkrankheiten, unbedingt notwendig ist. Es besteht, daß Tuberkulose bei Keramarbeitern als Berufskrankheit gilt. Es würde auch durch irgendein einziges zehnteljähriges Nahrungsmittel, z. B. Haisflocken oder Kartoffeln, nicht erreicht. Es muß auch berücksichtigt werden, ob man aus billigen Nahrungsmitteln, auf die man wegen Geldmangel verfallen überhauptein schmackhaftes Gericht zusammenstellen kann, oder ob im einzelnen Fett, Eiweiß und Kohlehydrate ausreichend eingereicht sind, damit die vorgeschriebene Kalorienmenge gedeckt wird, die zur Erhaltung des Lebens und der Leistungsfähigkeit nach modernen hygienischen Grundsätzen notwendig ist. Auch die Schmackhaftigkeit bildet einen außerordentlich wesentlichen Faktor bei der Nahrung.

Zukunftsblüte.

Ich weiß eine purpurne Blüte,
Die auf Wellen der Zukunft sich wagt,
Das ist die rein menschliche Götze,
Die Jammer und Elend besagt.

Ans köstlichen Reichen klümmern
Die Fäden der weltlichen Lust,
Die streifen Blätter klümmern
Ans silberner Blütenkrust.

Schammöven der Freiheit schwingen
Und kreisen glanzvoll,
Fern in der Tiefe verklingen
Die Klagen der sinkenden Welt.

Karl Henckell (Gedichte für das Volk).

In den oben aufgeführten Ausgaben für die Nahrung treten hinzu die Ausgaben für alle übrigen zum Leben notwendigen Dinge. Diese betragen in der letzten Woche umgerechnet 224 500 Mk. Nun zur Erläuterung der eben angeführten Summe. Für Kleidung ist angezählt pro Jahr eine Hölle oder Kleid, alle drei Jahre ein Anzug, alle vier Jahre ein Mantel, Hut, Spionträger usw. Schuhe alle Jahre ein Paar, alle zwei Jahre ein Paar Handschuhe, Leibwäsche ist eingereicht. Jährlich ein Paar Handschuhe, zwei Kragen, ein Hemd, eine Unterhose, zwei Paar Strümpfe als Neuananschaffung der Familie. Monatlich werden zwei Zentner Kohle verbraucht. Auch ein Sonntagspaziergang, der dreimal monatlich unternommen wird, dürfte nicht zum überflüssigen Luxus zählen, da unbedingt notwendig ist, daß sich der Arbeiter während seiner freien Zeit außerhalb der Stadt erholt. Eine Badeskarte, die sich auf alle Familienmitglieder verteilt. Alle drei Monate werden die Schuhe gewechselt. Ein Paar Herrenschuhe zu beschaffen kostet hier augenblicklich 95 000 Mk. Ebenfalls zu den kulturellen Mindestforderungen gehört, gewerkschaftlich und politisch organisiert zu sein, was auch in einem Existenzminimum nicht außer acht gelassen werden darf. Im Monat werden 30 Kubikmeter Gas verbraucht. Haarschneiden und Rasieren gehört zu den Erfordernissen des Lebens. Mit 30 000 Mk. dürften die Genußmittel, darunter Schokolade, Obst, Tabak usw., pro Woche nicht zu hoch angezählt sein. Riete, Lektüre und Zeitung muß sich jeder denkende Mensch halten. Seife gehört, ebenso wie Brieffahrt, zu den Erfordernissen des täglichen Lebens. Unter Reparaturen an Kleidung, Wäsche, Werkzeug ist alles das eingereicht, was zur Erhaltung und Aufbesserung der alten Kleidungsstücke usw. erforderlich ist. Unter sonstige Anschaffungen fallen Schuerrücher, Rucksack, alle Zutaten zum Essen (Weißer, Zwiebeln, Suppengrün usw.), sowie alle übrigen Neuananschaffungen für den Haushalt. Die Löhne sind jetzt so tief gesunken, daß es für einen Familienvater nicht mehr möglich ist, auch nur die zum Leben unbedingt notwendigen Ausgaben von seinem Lohn zu decken. Die Folgen einer solchen Verelendungspolitik sind natürlich nicht angeblieben und konnten auch nicht ausbleiben. Tuberkulose, Stenose, Hungerwasserfucht, Infektionskrankheiten aller Art, Verzweiflungstoden. Selbstmord fordern täglich ihre Opfer. Tausende und Abertausende, besonders Arbeiterkinder, sind dem Hunger direkt oder indirekt zum Opfer gefallen. Wir müssen vorwärts und den auf dem internationalen Keramarbeiterkongreß 1906 in Limoges im Artikel 4 der Statuten festgelegten Satz:

Die internationale Föderation setzt sich aus den nationalen Zentralorganisationen zusammen, welche, auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehend, als letztes Ziel derselben die Festsetzung des Privatigentums anstreben und welche die Beschlüsse der internationalen Kongresse der Keramarbeiter anerkennen, ratifizieren.

7. Sitzung des Ausschusses des ADG.

Berlin, 4. und 5. Juli 1923.

Der Ausschuss nahm außer den Vertretern der Verbände die Bezirkssekretäre des ADG und Vertreter der Ortsausschüsse einiger Städte teil, deren Anwesenheit in diesem Fall sich als notwendig erwies. Der Ausschuss nahm außer den Vertretern der Verbände die Bezirkssekretäre des ADG und Vertreter der Ortsausschüsse einiger Städte teil, deren Anwesenheit in diesem Fall sich als notwendig erwies.

Dem Deutschen Landarbeiterverband, dessen Kasse durch den Streik in Schlesien sehr stark in Anspruch genommen worden ist, bewilligte der Ausschuss die Bundeshilfe.

Die Aussprache über die allgemeine Lage leitete der zweite Bundesvorsitzende Graumann durch ein Referat ein. Neben wies auf die Verschlechterung der Lage hin, die durch die Attentate und Sabotageakte im besetzten Gebiet und durch die verschärfte Rüstung hervorgerufen worden sind und tabelle die Lage der Arbeiterbewegung gegen die Sabotageakte. Ferner habe sich gezeigt, daß unruhige Elemente den Einbringlingen Vorschub leisteten. Ueber die Widerstandsfähigkeit der Bevölkerung im Ruhrgebiet müsse man klären, während man von den Unternehmern allerlei zu hören bekomme, das weit entfernt ist von dem, was sie zuerst versprochen haben. In diesem Zusammenhang verwies Neben noch auf das sogenannte Sa-

rantieangebot der Industrie. Die weitere Entwertung der Mark habe in Arbeiterkreisen eine ungeheure Erbitterung hervorgerufen. Beide Kreise drängten darauf, daß der ADG sich an die Spitze der Lohnbewegungen stelle. Der Bundesvorsitzende wies jedoch nicht in den Tätigkeitsbereich der Verbände ein und bewies, daß es das Verlangen nach „härterer Aktivität des Bundesvorstandes“ berechtigt, da dieser unangenehm schon alles getan habe, was ein Menschemöglich ist.

Im Anschluß daran sprach Umbreit ausführlich über die Frage der wertbeständigen Löhne. Neben zählte zu nächst die Gründe auf, die die Gegner der Lohnpassung der Löhne an die Preise anzuführen pflegen und ging auf eine Denkschrift des Reichsfinanzministeriums ein, die die Ungleichung der Löhne an die Preise durch größere Zurückhaltung im Verbrauch erreichen will. Demgegenüber wies Neben auf die Realpolitik der Unternehmer mit ihrer Rücksichtnahme auf die rückständigen Betriebe als eine der wichtigsten Ursachen der Warenknappheit hin. Die Industrie müsse zu wirtschaftlicher Produktion gezwungen werden. Ferner tabelle der Neben die Finanzwirtschaft des Reichs, durch die bisher nur die Lohnempfänger entsprechend der Geldentwertung zur Steuer herangezogen worden seien. Was bisher zur Substanzerhaltung der deutschen Wirtschaft geschehen sei, geschah auf Kosten der Arbeitnehmer. Es sei jedoch nicht daran zu zweifeln, daß die Wirtschaft höheren Lohn tragen könne. Nach Quangenheimer betragen die Löhne nur noch 4 bis 5 v. H. der Herstellungspreise, während sie vor dem Kriege das Vierfache betragen hätten. Daraus ergibt sich, daß eine Steigerung des Lohnanteils noch sehr wohl möglich ist.

Neben ging auf die verschiedenen Vorschläge ein, durch die die unheilvollen Folgen der Geldentwertung gemildert werden sollen. Friedenslöhne seien, abgesehen von Ausnahmefällen, in absehbarer Zeit nicht zu erreichen. Auch von einer gesetzlichen Festlegung der Löhne sei nichts zu erwarten. Die Arbeiter müßten sich selber helfen. Einen mechanischen Lohnlohn müßten die Gewerkschaften ablehnen, denn das hieße ihre Kampfkraft auslöschen. Nur Angleichung der Löhne an die Kaufkraft sei jedoch ein Maßstab notwendig, der der wirklichen Teuerung entspricht und Ansehen besitzt, damit er auch maßgebend wirkt. Neben berichtete über die Verhandlungen zur Erreichung eines gerechten Index mit dem Reichsfinanzministerium und dem Statistischen Reichsamt. Es sei erreicht worden, daß zunächst wöchentliche Aufnahmen durchgeführt und ihre Ergebnisse zwei Tage nach dem Stichtage veröffentlicht werden. Das Ergebnis müsse dann den Lohnabteilungen am Freitag zugrunde gelegt werden. Die Arbeitgeber hätten versichert, daß dies nicht möglich sei, während die Gewerkschaftsvertreter das Gegenteil nachgewiesen hätten. Die Gewerkschaften müßten auf einen brauchbaren Lebenshaltungsindex bestehen, der schnell ermittelt und veröffentlicht werden und dann noch in derselben Woche dem Lohn zugrunde gelegt werden müsse.

Aus den vielen Einzelheiten in dem Referat sei an dieser Stelle noch hervorgehoben, daß man bei dem Bemühen, den besten Lebenshaltungsindex zu finden, noch dazu gekommen sei, ihn dem Großhandelsindex anzunähern, da dieser die kommenden Lebenshaltungskosten anzeige. Dem Lebenshaltungsindex sei nach Meinung des Neben noch ein Viertel der Spannung zwischen diesem und dem Großhandelsindex hinzuzuschlagen. Durch die Verhandlungen sei erreicht worden, daß schon in dieser Woche die ersten Indexzahlen veröffentlicht werden sollen, allerdings noch auf Grund der bisherigen Güterliste. Für das beste Gebiet seien besondere Zahlen in Aussicht genommen. Den Gewerkschaften sei dringend zu raten, bei ihren Lohnverhandlungen von diesem beschleunigten Index Gebrauch zu machen. Dadurch könne es wenigstens möglich werden, zu monatlichen Vertragsabschlüssen zurückzuführen. Es sei jedoch Sache der einzelnen Verbände, die Tarifbauer ihren Bedürfnissen und Erfordernissen anzupassen.

Ferner erklärte Neben sich dagegen, daß durch die Geldentwertung alle meine die Herbeiführung wertbeständiger Löhne gesichert werden solle. Für die Arbeitnehmer in öffentlichen Betrieben sei jedoch eine solche zu empfehlen. Dann werde auch die Privatindustrie sich dem nicht entziehen können. Die Auswirkung werde jedoch nicht für alle Berufe gleichwertig sein. Auch gäbe es Verbände, die glauben, auf dem bisherigen Wege weiterkommen zu können. Diesen würde eine allgemeine gesetzliche Regelung Schranken auferlegen. Eine solche würde auch nur auf dem Papier stehen, solange die Kampfkraft der Gewerkschaften sich nicht für die Durchführung erwies. Auch könne man die Arbeiterfront nicht solange verrotten.

Das Ergebnis werde vielleicht manche hochgespannte Erwartungen enttäuschen. Man könne nur relative Vorteile erreichen. Mit einer Empfehlung der vom Bundesvorstand vorgelegten Entschlüsse schloß Neben seine Ausführungen, die durchdrungen waren von dem Bestreben, der Arbeiterfront wirkliche Hilfe zu leisten, sich aber von allen Ueberheblichkeiten fernzuhalten. (Schluß folgt.)

Konferenz der Internationalen Föderation der Keramarbeiter.

(Fortsetzung.)

3. Verhandlungstag.

Ueber England berichtete Genosse Samuel Clowes-Hanley, Vorsitzender der National Society of Pottery Workers.

Der englischen Organisation sind die Tonwarenerzeuger, Ziegel-, Porzellan- und Sanitärarbeiter und Arbeiterinnen angeschlossen. Unter 61 350 Beschäftigten sind 38 800 Frauen. Von 34 000 in der Steingutindustrie Beschäftigten sind keine Mitglieder bei der genannten Organisation. Die englische Keramarbeiterbewegung, soweit sie in der berichtenden Gewerkschaft zusammengeschlossen ist, hatte im Jahre 1912 7650, 1913 7000, 1914 6500, 1915 7000, 1920 44 200 (der höchste Stand) und 1922 29 000 Mitglieder, davon 17 000 Frauen. Der Rückgang war durch die allgemeine Krise und die daraus einsetzende Arbeitslosigkeit verursacht worden. Viele Mitglieder waren monatelang erwerbslos und der andere Teil arbeitete nur 2-4 Tage in der Woche.

Die Einkünfte konnten 1913 gebucht werden: 5972 Pfund Sterling 9 Schilling und 6 Penny, im Jahre 1922 waren es 33 724 Pfund Sterling 1 Schilling und 4 1/2 Penny. Vom Jahre 1913 bis 1922 wurden 89 548 Pfund Sterling 11 Schilling und 1 Penny an Arbeitslosenunterstützung und 9187 Pfund Sterling 15 Schilling und 9 1/2 Penny für Streiks ausgegeben. Neben die durch den Bergarbeiterstreik 1922 verursachte Arbeitslosigkeit erforderte eine Ausgabe von 58 503 Pfund Sterling. Ende 1922 betrug der Kassenbestand 43 356 Pfund Sterling.

An Beiträgen werden bezahlt: 9 Penny der Mann, 4 1/2 Penny Frauen und Lehrlinge, 4 Penny weibliche Mitglieder über 18 Jahre, 2 Penny weibliche unter 18 Jahren, 2 Penny Jugendliche beiderlei Geschlechts. Außerdem sind noch für den Arbeitelohn 3 von den Männern, 2 von den Frauen, 1 von den Jugendlichen und Lehrlingen 1/2 Penny wöchentlich zu entrichten. Das Eintassieren der Beiträge wird freiwillig ausgeführt.

Vom Jahre 1913 bis 1922 blieb die Organisation, mit Ausnahme der Opfer, von jedem Streik verschont.

Arbeitsbedingungen, Löhne und Arbeitszeit sind tariflich ab 1. 1. 1923 auf ein Jahr geregelt. Die Arbeitszeit beträgt wöchentlich 47 Stunden. Im Jahre 1914 gab es Löhne von 9 bis 33 Schilling in der Woche, die Teuerung brachte jedoch eine

Steigerung auf 33 bis 44, ja sogar 52 Schilling mit sich. Preis-Kommissionen setzen die Allordlöbne fest. Infolge des Abnehmens der Feuerung setzten die Unternehmer im Oktober 1921 die Löhne allgemein in zwei Abstufungen von je 13% Proz. um 25 Proz. herab.

In den Töpfereibetrieben konnte der Fortschritt nur wenig oder gar keinen Einzug halten. Dort bestehen noch die Arbeitsbedingungen wie im Jahre 1892. Die Töpfereiarbeiter führten einen dreimonatigen heftigen Kampf darum, daß ihnen nicht nur die aus dem Ofen gut herauskommende Fertigung, sondern alle abgelieferte Ware bezahlt wird.

Betriebsausschüsse bestehen. Der Arbeiter- und Arbeitgebersinnensrat hat Fortschritte gemacht. Jugendliche Personen und Kinder dürfen nicht mit Bleiglasuren arbeiten. In Konwarenfabriken sind Abzugsvorrichtungen vorgeschrieben. Die Hitze am Ofen darf bei bestimmten Vorrichtungen 70 und 120 Grad Fahrenheit nicht übersteigen. Die Arbeitsräume dürfen nur von erwachsenen männlichen Arbeitern gereinigt werden; diese Arbeit muß mindestens drei Stunden vor Arbeitsbeginn getan sein. Bei einer doch noch eingetretenen Bleivergiftung muß die gefährdete Person einen halben Wochenberuf von der Firma erhalten; er darf aber 20 Schilling in der Woche nicht überschreiten. Mit der Berufskrankheit „Töpfereisthma“ hat sich der englische Gewerkschaftslongreth befaßt.

Seit dem Jahre 1918 besteht für das keramische Gewerbe ein Nationalrat aus je 30 organisierten Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Dieser Entwicklung wird von der Organisation große Bedeutung beigemessen. Er hat sich mit der Wiedereinstellung Entlassener, der beruflichen Erziehung von Knaben und Mädchen, der Besserung des Gesundheitsstandes, der Zulassung von Allordarbeit u. a. zu befassen.

Ueber Holland gab der Genosse S. B. Baart den Bericht von der „Niederländische Vereinigung von Glas- und Keramikarbeitern“. In der holländischen Organisation sind die Porzellan-, Steingut- und Glasarbeiter vereinigt. In Holland gab es vor dem Kriege 10 000 bis 12 000 Beschäftigte in der Porzellan- und Steingutindustrie, gegenwärtig jedoch nur noch ungefähr 6000. Die größten Betriebe befinden sich in Maastricht mit annähernd 6000 Beschäftigten, aber verhältnismäßig sehr wenig organisierten. Im ganzen gehören nur 800 Porzellan- und Steingutarbeiter der Organisation an; 1200 sind Glasarbeiter. 1914 waren es noch 1500 Mitglieder. Die Betriebsbeschränkungen haben demnach der Organisation einen Verlust von fast der Hälfte ihrer Mitglieder gebracht. Die ungünstigen Verhältnisse innerhalb der holländischen Porzellan- und Steingutindustrie, und die Konkurrenz mit dem Ausland, haben es mit sich gebracht, daß trotz der 45-Stundenwoche 50 Stunden in der Woche gearbeitet wird. Diese Maßnahme wurde für zwei Jahre festgelegt und wird alle sechs Monate erneuert. Auch in Holland brachte die allgemeine Teuerung eine Preissteigerung, und zwar in Höhe von 100 Proz. Im gleichen Verhältnis stiegen auch die Löhne. Seit 1921 ist die Preisbewegung wieder rückläufig; sie besteht noch in einer Höhe von 50 Proz. Die durchschnittlichen Löhne für Facharbeiter sind 30, für sonstige Arbeiter 20 bis 22, und für Frauen 10 bis 11 Gulden in der Woche.

Die Beitragsleistung richtet sich nach dem Verdienst und ist festgelegt:

bei 40 Gulden und darüber	1,50 Gulden
„ 35 „ „	1,25 „
„ 30 „ „	1 „
„ 24 „ „	0,80 „
„ 22 „ „	0,60 „
„ 20 „ „	0,40 „

also ungefähr zwei Stundenlöhne. In den Beiträgen sind 25 Cent wöchentlich für die öffentliche Arbeitslosenkasse einbezogen.

Die 2000 Mitglieder umfassende Organisation verfügt über ein Vermögen von 120 000 Gulden.

Die Organisation hat viel getan, um die Bleiweißgefahren einzudämmen. Jugendliche unter 18 Jahren dürfen nicht mit bleihaltigen Glasuren arbeiten; damit beschäftigte ältere Frauen und Mädchen müssen alle drei Monate ärztlich untersucht werden. Die Gefährdung ist ähnlich wie die erdliche und wird streng gehandhabt. Mit Facharbeiten werden in Holland keine Frauen beschäftigt. (Schluß folgt.)

Christliche Berichterstattung.

Weil wir bei unseren Berichten über die letzten Lohnverhandlungen die Haltung des „Verbandsverbandes deutscher Keramiker“ wegen seiner Bedeutungslosigkeit nicht mehr beleuchteten, sehen sich dessen Vertreter veranlaßt, recht viel von den Verhandlungen in oberpfälzischen Tageszeitungen zu bringen. Im „Oberpfälzischen Kurier“ wird beim Behandeln des Saalfelder Abkommens z. B. erwähnt:

„Die Verhandlungen wurden, wie seit Jahresfrist wieder, wie in keiner anderen Industrie, getrennt geführt, d. h. die Arbeitgeber bildeten zwei Kommissionen, von denen je eine mit den Vertretern des „Verbandsverbandes deutscher Keramiker“ und die andere mit den Vertretern des sozialistischen Porzellanarbeiterverbandes verhandelte. Die Sozialisten versuchen zwar jedesmal den Glauben zu erwecken, als ob die christliche Organisation zu den Verhandlungen nicht zugelassen würde. Das ist natürlich gelogen und nichts anderes als ein Agitationsstreich. Der Wunsch ist hier der Vater des Gedankens.“

Welches Bedauern aus diesen Zeilen des christlichen Berichters klingt, wird jeder unparteiisch beeinflusste Leser erkennen. Wir stellen gegenüber, was die „Keramikerarbeiterzeitung“ in ihrer Nr. 20, Jahrgang 1922, schrieb: „Dort steht:

„Schließlich einigte man sich, daß in Zukunft zwei Kommissionen gleichzeitig, eine Arbeitgeberkommission mit der Kommission des Porzellanarbeiterverbandes und seines Anbanges, und eine Kommission des Arbeitgeberverbandes mit unserem Berufsverband verhandelt. Wir haben so die Möglichkeit, öfter und eingehender zu Wort zu kommen und brauchen die kostbare Zeit der Verhandlungen nicht mit dem Anhören sozialistischer Wharalen und mit Warten auf die Ergebnisse der roten Schiedspruchsaussprüche zu verbringen. Selbstverständlich werden wir unter den neuen Verhältnissen noch sehr viel weniger Rücksicht auf die Lutschemänner des Porzellanarbeiterverbandes zu nehmen brauchen, wie das bis jetzt der Fall war. Rücksichtslos und unbarmherzig werden wir die Schwächen der Porzellanarbeiterverbände-Tarifpolitik offenlegen, was noch mehr als bisher darauf bedacht sein, Tarifabschlüsse zu erzielen, die sich sehen lassen können.“

Seit dieser Zeit hatten wir nie wieder mit den Christen gemeinsamen Verhandlungen und keinerlei Anlaß, den Glauben zu erwecken, als ob die christl. Organisation zu den Verhandlungen nicht zugelassen würde. Wir warten aber immer noch auf die Tarifabschlüsse des Berufsverbandes deutscher Keramiker mit dem Arbeitgeberverband der feinkeram. Industrie, die sich sehen lassen können, und können nicht begreifen, warum auf einmal abgewandert wird, daß die Verhandlungen wie in keiner anderen Industrie getrennt geführt werden. Anscheinend hat die Erfahrung eine kleine Wandlung herbeigeführt. Sie kann aber nicht weit sein, sonst hätte die christliche Organisation im Streit Plankammer nicht diese offizielle arbeitnehmer-schützende Rolle gespielt.

Au alle Verbandsmitglieder!

Aus den letzten Vierteljahresabrechnungen und aus den Nachbestellungen der Beitragsmarken erhebe ich, daß ganz selten Baumariken nachbestellt werden. Anscheinend haben die Abstellen ihre Bestände noch nicht verkauft. Das muß, gelinde gesagt, als Nachlässigkeit bezeichnet werden. Der Hauptvorstand hat bei der Bekanntmachung über die Einführung der Baumariken diese als Stärkungsmittel für den Kampffonds benannt und dabei an die Opferfreudigkeit der gesamten Mitgliedschaft appelliert. Leider sind die Erwartungen nicht eingetroffen. Dabei wäre die Abnahme der Baumariken infolge ihrer geringfügigen Höhe leicht möglich gewesen. Das muß anders werden.

Jeden Tag können Kämpfe um den wertbeständigen Lohn ausbrechen; sie können aber nicht geführt werden, wenn die Opferfreudigkeit nachläßt. Die Abführung der regelmäßigen Beiträge genügt bei der rasenden Geldentwertung nicht mehr. Deshalb wurden Baumariken — eigentlich müßten sie Kampffondsmarken heißen — herausgegeben. Wie notwendig die Maßnahme war, mag ein Beispiel erkennen lassen: Die letzte Generalversammlung hat dem Verband erneut die Form einer Kampforganisation gegeben und die Streikunterstützung auf das Doppelte, die Erwerbslosenunterstützung dagegen nur auf das Fache des zu errechnenden Durchschnittsbeitrages festgelegt. Die Berechnungszeit für Unterstüfung wurde vom Hauptvorstand von 26 auf 10 Wochen herabgesetzt und müßte eigentlich noch weniger betragen. Würde nun plötzlich ein Kampf ausbrechen, der nur 1/4 unserer Mitglieder in Mitleidenschaft zieht, so würde er 600 Millionen Mark Ausgaben in der Woche bedeuten, wenn durchschnittlich 50 000 Mk. Unterstüfung wöchentlich gezahlt werden müßten. Das sind Summen, die im Ernstfalle allerdings mit 25 und 50 Mk. Kampffonds (Baumariken) keine wesentliche Stärkung erfahren könnten. Immerhin spielt der Verkauf der Baumariken geschäftlich in der Verbandskasse eine Rolle. Kauft also Baumariken! Der Wert der Baumariken ist ja jetzt so gering, daß er selbst bei Jugendlichen und Gebrüngen im Gelbtauschen nicht mehr ins Gewicht fällt. Für 100 Millionen Mark Baumariken sind angeschafft worden, 1/4 davon sind ausgegeben, aber andererseits noch gar nicht an den Mann gebracht; denn es haben erst drei Abstellungen, darunter als größte Rudolstadt, Baumariken nachbestellt. Bei etwas anderem Willen geht der Verkauf. Die Notwendigkeit gebietet es. Dann muß noch erwähnt werden, daß dort, wo Unterstüfung auf die 5 Proz. Entschädigung verzichtet, der Gesamtbetrag der Hauptkasse zuzuführen ist. Die Vorkasse sollten schon aus Verunsicherungen auf Schwächung des Kampffonds verzichten.

Bei dieser Gelegenheit braucht wohl nur nebenbei darauf hingewiesen werden, wie vorteilhaft der Bau des Verbandshauses war. Liegen heute noch die Millionen auf der Bank, stellen sie vielleicht nur noch den 5000. Teil ihres ehemaligen Wertes dar. Die Bauraufträge ist gelöst, und die von auswärts zuziehenden Kollegen haben eine Wohnung. Die Umlegung des Kampffonds in Schwerte brachte demnach Erfolg.

Ich hoffe, daß dies alle Mitglieder anerkennen. Desgleichen erwarte ich eine rege Abnahme der noch vorhandenen Kampffonds (Baumariken), damit recht bald die Gelder der Hauptkasse überandt werden können.

Kauft Baumariken!

W. Herben.

Der Sozialismus bezweckt eine bessere Regelung der materiellen (Säker-) Verhältnisse in der menschlichen Gesellschaft nicht nur darum, weil davon die zureichende Befriedigung berechtigter Bedürfnisse und also Glück und Wohlfahrt der Bevölkerung unmittelbar abhängen, sondern er will eine bessere Regelung der materiellen Verhältnisse auch darum, weil nur auf dieser Grundlage eine wahrhafte, allen zugute kommende Zivilisation, eine allseitige hohe Entwicklung der menschlichen Fähigkeiten möglich ist. (E. V. o. Schweißer.)

Aus der Geschichte des Achtstundentages.

In mehreren Aufsätzen*) wendet sich Professor Lujo Brentano gegen die arbeitereindliche Schwelung, die einige deutsche Sozialpolitiker, mit Professor Hertner an der Spitze, durchmachen und erwähnt darin auch die rasche Verbreitung des Achtstundentages seit Kriegsausbruch. In den ersten Kriegsjahren sind es die vom Krieg wenig betroffenen zentral- und südamerikanischen Staaten, die das Gesetz einführen. In den Jahren 1917 und 1918 sind es die revolutionären Länder von Ost- und Mitteleuropa, im Jahre 1919 fast das gesamte westeuropäische Festland. Wir lassen diese „Geschichtstabelle“ folgen:

29. Oktober 1914	Panama,
17. November 1915	Uruguay,
4. September 1916	Ecuador,
22. Januar 1917	Portugal,
31. Januar 1917	Peru,
7. November 1917	Rußland,
27. November 1917	Finnland,
14. August 1918	Norwegen,
15. November 1918	Deutschland (Abkommen zwischen der gesamten Arbeiterschaft und Unternehmerschaft, später durch Verordnung gesichert),
28. November 1918	Polen,
14. Dezember 1918	Luxemburg,
19. Dezember 1918	Oesterreich,
19. Dezember 1918	Tschechoslowakei,
8. Januar 1919	Jugoslawien,
27. Juni 1919	Schwiz,
28. August 1919	Frankreich,
1. Oktober 1919	Spanien,
17. Oktober 1919	Schweden,
29. Oktober 1919	Internationale Konferenz in Washington (die Washingtoner Beschlüsse sind durch Griechenland, Rumänien, Bulgarien, Tschechoslowakei und Indien ratifiziert worden).

In England ist der Achtstundentag durch Tarifverträge gesichert; im Eisen- und Stahlgewerbe besteht er seit 1906, im Bergbau ist gesetzlich der Siebenstundentag garantiert. — In den Vereinigten Staaten von Amerika besteht seit dem 1. Januar 1917 ein Achtstundentaggesetz für die wichtigsten Eisenbahnen, und im Laufe des Jahres 1918 hat sich der Achtstundentag im gesamten Eisen- und Stahlgewerbe durchgesetzt.

Diese Uebersicht zeigt, wie unbegründet und lächerlich die von den Unternehmern jedes einzelnen Landes erhobenen Klagen über ihre Konkurrenzunfähigkeit als Folge des Achtstundentages sind.

Ergebnis der Ruhrbesetzung.

Nach den Angaben von unterrichteter Seite liegt im Ruhrgebiet, das nun volle sechs Monate widerrechtlich besetzt ist, eine Armee von 87 000 Mann aller Waffengattungen, davon 80 000 Franzosen und 7000 Belgier. Im altbesetzten Gebiet stehen außerdem 97 000 Franzosen und 17 000 Belgier. Ferner sind in das Ruhrgebiet 10 000 französische und 1000 belgische Eisenbahner entsandt worden.

Durch den Terror der Besatzungstruppen büßten bis Anfang Juli 92 Personen das Leben ein. Die Besatzungsbehörden vertrieben in derselben Zeit 75 714 Personen von Haus und Hof, davon wurden 71 145 ausgewiesen. Am meisten betroffen von den Ausweisungsbefehlen wurden die Beamten und Angestellten des Reichsverkehrsministeriums mit fast 9000 ausgewiesenen Haushaltsvorständen und fast 23 000 ausgewiesenen Familienangehörigen, die Beamten des Reichsfinanzministeriums mit über 1800 ausgewiesenen Haushaltsvorständen und fast 5500 ausgewiesenen Familienangehörigen und die Beamten der preussischen Verwaltung mit über 7200 ausgewiesenen Haushaltsvorständen und fast 11 000 Familienangehörigen. Außerdem wurden 4000 Zivilpersonen mit rund 8000 Familienangehörigen des Landes verwiesen. Allein im preussischen Einbruchgebiet wurden 169 Schulen mit 1537 Schülern für 50 000 Schüler bezw. Schülerinnen von den Besatzungsbehörden beschlagnahmt. Unter den zahlreichen widerrechtlichen Verurteilungen seien nur neun Todesurteile erwähnt, wovon eins bereits vollstreckt wurde.

Der Erfolg der französisch-belgischen Besatzungsbehörden steht zu dem militärischen Aufwand in keinem Verhältnis. Vom 11. Januar bis 30. Juni sind für Frankreich und Belgien insgesamt 478 700 Tonnen Kohle und 515 200 Tonnen Holz aus dem Ruhrgebiet abgeföhren worden, d. h. Knapp das Doppelte dessen, was Deutschland vor der Ruhrbesetzung in den ersten zehn Tagen des Monats Januar freiwillig geliefert hat.

Millionen von Goldmark sind durch diese Politik verschleudert worden. Fehlt denn den verantwortlichen Staatsmännern jegliche Vernunft und die Erkenntnis, daß damit kein Staat zum Wiederaufleben kommen kann?

Von der Keramikindustrie.

Preisverhöhung. Der Verband deutscher Porzellan-Geschirrfabriken, G. m. b. H., erhöhte mit Wirkung vom 10. Juli den Multiplikator von 1400 auf 1800. Das entspricht einem 36 000fachen, richtiggestellten Friedenspreis. — Die Arbeiterschaft des genannten Verbandes würde sich glücklich schätzen, wenn sie nur den nicht richtiggestellten 36 000fachen Friedenslohn erhalten würde. Für Groß-Berlin wäre damit ein Stundenlohn von 18 000 Mk. für den sonstigen Arbeiter über 24 Jahre vom 9. bis 16. Juli erreicht. Der Satz würde ungefähr den Verhältnissen entsprechen.

Aus unserem Beruf.

Berlin-Charlottenburg. Der Lohnkampf der Schilbermalerei und -anmacher ist beendet. Bei der Verhandlung der beiderseitigen Kommissionen am 13. 7. 23 ist eine Vereinbarung zustande gekommen, die den Schilbermalern 1. Kl. und -anmachern für den 16. bis 19. 7. 16 500 Mk. und für den 20. bis 26. 7. 18 000 Mk. pro Stunde zupricht. Schilbermalerei 2. Kl. und -anmacher erhalten 25 Mk. pro Stunde weniger. Der Schiedspruch der vereinbarten Schiedsstelle vom 22. 6., dessen Ablehnung durch die Arbeitgeber der Grund zum Ausbruch des Streiks war, wird vollinhaltlich anerkannt. Die Arbeit wurde am Montag, den 16. 7., wieder aufgenommen. Differenzen aus dem Arbeitsverhältnis, die sich bei der Einstellung ergeben, sind sofort an die Gewerkschaftsbureauaus zur weiteren Erlebigung zu melden. — Unsere Kollegen haben in dem 23wöchigen Streik gezeigt, daß sie auch in schwerer Zeit zu kämpfen verstehen. Die Hungerlöhne müssen verschwinden. Sollten nochmals berartige Momente, wie die, die zu diesem Streik geführt haben, eintreten, so werden unsere Kollegen nicht versäumen — auch wenn eine längere Atempause nicht dazwischen liegt — erneut den allgemeinen Kampf aufzunehmen. Wir hoffen aber, daß unsere Gegner aus diesem Streik gelernt haben. Unsere Kollegen, die während des Streiks in Arbeit gefanden haben, sei hiermit für die pünktliche Abführung der 10 Proz.-Lohnabgabe an die Streikfasse gedankt. Sie haben durch ihre Opferwilligkeit zu dem für unsere Branche schnell zu nennenden siegreichen Abschluß beigetragen. Kollegen, haltet weiter fest zusammen! Die Streikleitung.

Berichtigung. In Nr. 28 der „Ameise“ muß es auf der 3. Seite, 2. Spalte, 16. Zeile von oben, heißen: „daß die doppelte Reichsinbezugssiffer für Lebenshaltungskosten in Ansatz käme.“

Berichtungsberichte.

Bad Brambach. In der Versammlung vom 11. Juli nahm die Zählstelle Brambach mit Entrüstung Kenntnis von dem letzten Lohnabkommen und ersucht die Verhandlungskommission sowie den Gesamtvorstand, endlich einmal dahin zu wirken, ihren arbeitenden Kollegen einen wertbeständigen Lohn und wenn nicht anders, mit den letzten zu Gebote stehenden Mitteln zu erkämpfen, denn so wie bis jetzt kann und darf es nicht mehr weitergehen. Zugleich stellt die Versammlung den Antrag auf Forderung einer Grenzauflage, denn höher wie hier können in Berlin die Preise nicht sein. Z. B. ein Ei 3000 Mk. und noch höher, Rindfleisch 45 000 Mk., Schweinefleisch 56 000 Mk. Wurst ist überhaupt nicht mehr zu kaufen, geschweige denn zu essen. Kartoffeln kosten ein Pfund 4500 Mk. So ist es mit allen anderen Bedarfsartikeln. Der „Offene Brief“ der Zählstelle Otschaf fand allgemeinen Beifall. In der Debatte kam der Antrag aus der Mitte der Versammlung, die übrigen Zählstellen zu ersuchen, eine Urabstimmung über Neuwahl der Gesamtvorstandschäft herbeizuföhren.

Dresden n. Umg. Die Versammlung der Betriebsräte des Dresdener Bezirkes am 9. Juli 1923 nahm folgende Entschliegung an: Die am 9. Juli im Volkshaus zu Dresden versammelten Betriebsräte aus den feinkeramischen Betrieben des Dresden-Meißener Bezirkes nahmen nach einleitenden Ausführungen ihres Bevollmächtigten und ergiebiger Aussprache folgende Entschliegung zur Frage der „wertbeständigen Löhne“ an:

Die Dresdener Betriebsräte erkennen die Haltung der gewerkschaftlichen Spitzenvertreter in der Frage der Goldlöhne als den gegenwärtigen Verhältnissen Rechnung tragend an. Sie erwarten aber, daß von allen maßgebenden Stellen der Arbeiterbewegung mit größtem Nachdruck auf die Schaffung der wertbeständigen Löhne hingewirkt wird. Vor allem verlangen die feinkeramischen Betriebsräte des Dresden-Meißener Bezirkes, daß die freigewerkschaftlichen Spitzenvertreter bei der Gestaltung der als Grundlage gedachten notwendigen Maßziffer mitbeteiligt werden. Um aber eine solche Maßziffer brauchbar zu gestalten, erwarten sie, daß von derselben nicht nur alle Lebensnotwendigkeiten, also auch die kulturellen, erfährt, sondern daß vor allem die Nahrungsmittel dabei in einer Menge berücksichtigt werden, die eine weitere Vernichtung der Substanz Arbeitskraft verhindert.

Als Vertreter der feinkeramischen Arbeiter des Dresden-Meißener Bezirkes protestieren die versammelten Betriebsräte gegen jene Unternehmer, die die Schaffung wertbeständiger Löhne von einer erhöhten Produktion abhängig machen wollen. Die Steigerung der Produktivität unserer hiesigen Kollegen ist im Verhältnis zur Vorfriesszeit eine solch gewaltige, daß eine weitere Erhöhung derselben nur auf ihre Kosten vollständig abgeschlossen bleiben muß.

Von unserem Hauptvorstand erwarten die hiesigen Betriebsräte, schon bei den kommenden Verhandlungen unbedingt festhalten an der Forderung eines wertbeständigen Lohnes. Verbeugung dazu ist bei uns eine bedeutende Erhöhung der Tariflöhne, um erst einmal eine tatsächliche Anpassung an die bestehenden wirtschaftlichen Verhältnisse herbeizuföhren. Das letztere gilt vor allem für Sachsen.“

*) Siehe Literarisches.

Freiberg. Die letzte Jahreshauptversammlung wurde von Anfang bis Ende beherrscht von einer durchaus sachlichen Kritik und zahlreicher Wortbeiträge, besonders zum 1. Punkt: „Unser Lohnabkommen.“ Hierzu machte der Vorsitzende längere Ausführungen. Er wies dabei auf die Schwierigkeit hin, die in einer reinen Akkordindustrie, wie die unserige, zu überwinden sind, um nur einigermaßen auch den Kollegen im Feilohn gerecht zu werden. Die jetzigen Lohnverhandlungen mit ihren jaghaften Resultaten sind bei der weiteren rapiden Geldentwertung absolut nicht mehr die Grundlage, um eine nur annähernde Anpassung der Löhne an die Teuerung zu erreichen. Selbst verhandlungstechnische Schwierigkeiten ergeben sich für unsere Kollegen der Lohnkommission, die ebenfalls in Zukunft kaum zu überwinden sind. Es wurde darum einstimmig zum Ausdruck gebracht, unsere Organisationsvertreter im ADGB aufzufordern, im Verein mit anderen Gewerkschaften der Frage des wertbeständigen Lohnes trotz aller Schwierigkeiten energisch näherzutreten. Mühmut, Erbitterung, Arbeitsunlust und dauerndes Hinabsinken in tiefste soziale Verelendung sind die Folgen jener Gewinnjagd einer kleinen Kapitalistenklasse und der Unfähigkeit der Cunoregierung. — Unter „Gewerkschaftliches“ fand eine Angelegenheit der Sozialen Bauhütte betriebligende Lösung. Zum „Zukunftsaussicht“ machte ebenfalls der Vorsitzende, Kollege Giersch, längere Ausführungen. Seine Darlegungen sind im folgenden zusammengefasst: Ausgehend von dem Reparationsangebot und Aufrufkonkret, der geschwächerten Marktliquidierung und Goldanleihe, sucht die Regierung Opferfreudige. Der Lohnabzug von Hand- und Kopfarbeitern, trotz 90 Proz. des gesamten Steueraufkommens, langt bei weitem nicht zu, den Geldbedarf des Reiches zu decken. Zu gleicher Zeit verlangt Frankreich Garantien und Sicherheiten als Grundlage für weitere Verhandlungen betriebs der Reparationskrediten. In Deutschland gibt es noch Kreise, die zahlen können; sie haben es verstanden, sich durch Geschäfte, Spekulationen und auch Selbstveranlagung der Steuern einen ziemlich großen Gewinn, möglichst in wertbeständigen Papieren, zu verschaffen. Diese Kreise haben sich bereit erklärt, für ihr „Vaterland“ wohl Pflichten zu übernehmen, aber nur gegen Bedingungen. Geschäft ist Geschäft! Nach der Verfassung ist die Regierung der Garant für unser Wirtschaftsleben, für unser aller Existenz. Der Regierung werden für eine angeblich große Leistung von einer Handvoll Leute Bedingungen gestellt, die anmaßend und vollständig verstiegen sind. Das alte, abgedroschene Stiefchen von der notwendigen Steigerung der Produktion gehört zu den wesentlichsten Forderungen der Industrie. Als weiteres Beachtenswertes für die Arbeiterklasse ist das Verlangen der Industrie nach vollständiger Tariffreiheit und die damit verbundene Aufhebung der Demobilisierungsvorkehrungen. Was diese beiden wichtigen Punkte gerade für die Porzellanarbeiterklasse bedeuten, braucht nicht besonders betont zu werden. Die Aufhebung letzterer Verordnung (bedauerlicherweise ist sie noch nicht einmal Gesetz) würde für die gesamte Arbeiterklasse bedeutende Verschlechterungen in sozialer Hinsicht, wie Arbeitslosenunterstützung und Achtstundentag usw., mit sich bringen. Mit den Erfüllungen der Forderungen der Industrie müßte die Arbeiterklasse die letzten sichtbaren Reste der Revolution begraben. Wir Arbeiter haben auch weiterhin keine Veranlassung, die Reparationskosten allein auf unsere Schultern zu nehmen. Lebenshaltung und Entlohnung machen eine weitere aktive Beteiligung an dem Wiederaufbau unmöglich. Die Diskussion in dieser Angelegenheit war sehr lebhaft und bewies, daß in Kreisen der Kollegen überall Interesse vorhanden ist. Der Vorsitzende erwähnte die Verammlung, auch weiterhin den Dingen besonderes Interesse zugewandt und jede Gelegenheit zu benutzen, um gegen die Forderungen des Reichsverbandes der Industrie Sturm zu laufen. Die Verammlung mußte sich auch mit der Erwerbslosenfrage beschäftigen. Auch hier kam einstimmig zum Ausdruck, den Armen durch Sammellisten einermöglichen zu helfen. Weiter erwähnte der Vorsitzende den Fall Plankenhammer. Mit energischen Worten brandmarkte er diese Hülfslosen in dem von der bürgerlichen Presse so gern als Ordnungszelle bezeichneten Bayern, dabei wäre die Bezeichnung „Deutsches Sibirien“ besser geeignet. Auch für die streikenden Kollegen in Plankenhammer soll eine Sammelliste in Umlauf gesetzt werden.

Fürstberg (Weier). Zu der Versammlung vom 2. Juli war die Mitgliedschaft zahlreich erschienen. Tarif, Geldlohn und Lokalfonds waren wichtige Tagesordnungspunkte, außerdem der Bericht der Delegierten von der braunschweigischen Landes-Gewerkschaftskonferenz. Da den Tarif betreffend ein Schreiben vom Hauptvorstande vorlag, das betagte, daß am 5. Juli die Verhandlungen für neue Löhne geführt würden, wurde der Tarif im besonderen weniger erörtert. In der Hauptsache hierüber führten die Angehörigen der Sparte der „Sozialen“ hitzige Klagen über die Hungerlöhne. Die zurzeit tagenden Beratungen im Reichswirtschaftsministerium über Schaffung wertbeständiger Löhne boten Anlaß, in der Versammlung den zweiten Tagesordnungspunkt „Goldlohn“ zu erörtern. Allgemein war die Ansicht, daß es so lang wie breit sei, ob der Dollar oder unsere Goldmark als künftige Basis der Entlohnung gelten würde, da damit dem Schieber, Wucherer und überhaupt Ausbeuteranwieser keineswegs ein positives halt geboten werden könnte. Die Spekulationen auf den Schwere der Arbeiter würden noch wie vor ihre räuberischen Triebe in Anwendung bringen können. Kollege Höppler glaubte aber das Hilfsmittel in dieser Beziehung gefunden zu haben, wenn die Arbeiterklasse dem Beispiel mancher Berufsstände (z. B. Ärzte) folgen würde und Entlohnung verlangte auf Grund von Roggenpreisen nach Preissenotizen. Angenommen vor dem Kriege verdiente ein Arbeiter pro Stunde 5 Pfund Roggen resp. diesen Geldwert, so sollte heute ein Quantum Roggen als Basis für den Stundenverdienst des Arbeiters zugrunde gelegt werden. 14tägig müßte der amtlich ermittelte Roggenpreis dann als Lohnbasis gelten. Auf diese Weise wäre aller giftigen Spekulation der Boden entzogen. Daß diese Maßnahme, wenn sie in die Tat umgesetzt, sofort von allen Volkswirtschaftlern richtig erkannt und katastrophal wirken würde, betonte Schriftführer Kollege Höppler. Aber da nach seiner Meinung es die einzig gerechteste Entlohnung darstelle, soweit Wertbeständigkeit betraf, in Betracht zu ziehen sei, müßten alle Arbeiter bereit sein, hinzutreten, kommt, was da wolle. Der entscheidende Schlag zwischen Arbeit und Kapital sei nicht zu umgehen und deshalb wäre hierin, wie überall, ein Offensivgeist notwendig. Als im „Kochheimhildgarn“, wie es im ersten Goldlohn bringen würde, um dann doch aber um so mehr die Katastrophe herbeizuführen. — Kollege Rich. Schmidt nahm nun das Wort zum Lokalfonds und betonte ebenfalls, daß die gesamte Arbeiterklasse mehr denn je gegen Lohnbewegungen zu rechnen hätte. Deshalb müßte alles daran gesetzt werden, um unsere Kriegskassen zu füllen und zu füllen. Eine dieser wichtigen Kassen sei der Lokalfonds. Mit nur einer Stimme dagegen wurde beschlossen, ab nächster Woche einen Extrawohlfahrtbeitrag bis zur nächsten Versammlung zu erheben. Der Kassierer, Kollege Löwentrop, und der Vorsitzende, Kollege W. Schöfer, gaben in eindringlichen Worten der Versammlung ihre gleichlautende Meinung kund, daß jeder fest bleibe und das Ganze energiegelassener den kommenden Ereignissen mit Siegesgewißheit entgegengehen könne.

Kollege Fr. Reich gab den Bericht von der Gewerkschafts-Landeskonferenz in Sömnigen am 1. Juli. Vorhergehend hatte der Kassierer, Kollege W. Schöfer, über die allgemeine Lage referiert. Nach dessen Ausführungen zu schließen, bereite auch das Unternehmertum sich vor zu entscheidenden Schritten gegen uns. Gewisse Kreise hätten Goldlohn als Unfug erklärt, da Stinnes zu nächst diktiert und die Artillerie zum anderen 60 Proz. alten

Golbes bejahen. Zur Betriebsräteleiterangelegenheit berichtete Kollege Reich, daß einer der Arbeitersekretäre in Braunschweig diesen Posten mitübernehmen soll. Die Beitragsfrage ist ebenfalls neu geregelt worden und wird besonders in der zuständigen Parteipresse bekanntgegeben. Die Konferenz war sehr zahlreich besetzt und hat vorwärtstrebend gewirkt.

Tagesereignisse.

Im Fuchs-Wachhausprozeß wurden die Angeklagten Fuchs zu 12 Jahren Zuchthaus und 2 Millionen Mark Geldstrafe, sowie Verkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf 10 Jahre, Wulf zu 1 Jahr 8 Monaten Zuchthaus, 30 Millionen Mark Geldstrafe und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf drei Jahre verurteilt. Sie hatten Gelder von Franzosen angenommen, die in die national-sozialistische bayerischen Organisationen floßen. Die Hauptschuldigen, die das Treiben eigentlich geschürt haben, sind, wie immer, in Bayern nicht zu finden gewesen. Die Angeklagten Berger, Richard und Rudolf Gutermann konnten einen Freispruch erzielen.

In Mecklenburg-Strelitz ergaben die Neuwahlen zum Landtag: Sozialdemokraten 8 (15), Kommunisten 7 (9), Bürgerliche Arbeitergemeinschaft 5 (9), Deutsche Volkspartei 2, Deutsche nationale 9 (zusammen 10), Deutschvölkische 3 (9), Landbündler 1 (9) Sitze.

Einen Zeitungsheer- und Druckerstreik beschlossen die Nürnberger Zeitungsbetriebe, weil die sozialdemokratische Zeitung „Fränkischer Tagespost“ verboten worden war. Sie hatte die Berichte über Geländebewegungen der Nationalsozialisten im Spessart aus der Frankfurter „Volkstimme“ entnommen und sich deshalb — so sagt der Staatskommissar — gegen die bayerische Notverordnung vergangen. — Wer also in Bayern die Vorbereitungen der Hafenkreuzer zum Bürgerkrieg in einer Zeitung behandelt, begehrt nach der Auslegung zur bayerischen Notverordnung Landes- und Hochverrat, nicht etwa die Leute, die den Verrat tatsächlich begehen.

Der Metallarbeiterstreik in Berlin ist nach Vereinbarungen zwischen den Beteiligten unter Mitwirkung des Reichsarbeitsministeriums beigelegt worden. Eine Abstimmung der Streikenden ergab keine 4-Mehrheit für die Fortsetzung, was zur Veranlassung hatte, daß die Bedingungen gegenseitig anerkannt wurden. Es konnten Stundenlohnsätze für die Woche vom 2. bis 8. Juli von 9800 Mk. und für die Woche vom 9. bis 15. Juli von 12500 Mk. erzielt werden. Die Arbeitsaufnahme erfolgte am 13. Juli. Grundätzlich wurde von den Unternehmern die Wertbeständigkeit der Löhne anerkannt.

In Romas und in Potsdam ereigneten sich in der Woche zum 14. Juli Lebensmittelunruhen.

Der englische Premierminister Baldwin hat in einer Regierungserklärung die Antwort auf das vor Wochen gestellte deutsche Memorandum angekündigt.

Der wirtschafts- und finanzpolitische Ausschuss des Reichswirtschaftsrates befaßte sich am 12. Juli mit der Steuer- und Finanzpolitik des Reiches, der Reichsbankpolitik, der Goldrechnung und wertbeständigen Obligationen, den wertbeständigen Löhnen und den Warenpreisen.

Der in Untersuchung befindliche Kapitänführer Kapitän Ehrhardt ist am 13. Juli aus dem Untersuchungsgefängnis in Leipzig entwichen. Bekannte leisteten ihm Helfersdienste.

Der Streik der Bauarbeiter in Berlin ist durch einen Vergleich beigelegt worden. Der Maurerstundenlohn beträgt vom 15. bis 18. Juli 17200 Mk. und vom 19. bis 25. Juli 19000 Mk.

Beiträge müssen in Höhe eines vollen Stundenlohnes bezahlt werden! In der Woche vom 23. bis 29. Juli ist der 30. Beitrag fällig.

Literarisches.

„Der Ansturm gegen den Achtstundentag“ betiteln sich die in der „Sozialen Praxis“ erschienenen Aufsätze des Volkswirtschaftsprofessor Dr. A. Brentano. Die Verlagsgesellschaft des ADGB hat sie mit Genehmigung des Verfassers in einer Broschüre vereinigt herausgegeben und bittet die Organisationen, die Broschüre zu vertreiben. Bestellungen müssen bis zum 20. Juli an die genannte Verlagsgesellschaft, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 24, aufgegeben werden. Der Preis beträgt 2500 Mark. Die Arbeitnehmerschaft stattet dem Kämpfer für den Achtstundentag am besten den Dank ab, daß sie in Massen das

Arbeitsmarkt.

Tüchtiger, lediger Unterglasurmalers für Freihandmalerei, welcher auch die Fondspritze vollkommen beherrscht, für sofort gesucht. Offerten unter 104 an die Redaktion d. „Ameise“ erbeten.

Jüngerer, aber tüchtiger Formengießer für Dreherei und Gießformen wird auf einige Monate, event. für längere Zeit gesucht. Angebote erbeten an die Metallfabrik A.-G., Sörnewitz-Meißen. (107)

Wir suchen zum sofortigen Eintritt **einige tüchtige ledige Maler** für Wänden, Stahlbrud-Laternen, Fondstuppen, Lüster, Hand-Angebote an H. Scherzer & Co., A.-G., Mehan in Bayern. (108)

Verheirateter Porzellanmaler, firm in Lüster, Fondstuppen, Fondspritzen, Ausprägungen von Wandern usw., sucht für sofort dauernde Stellung, am liebsten in Süddeutschland oder auch im Ausland. Offerten unter „F. 107“ an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Tüchtiger, jung, intellig., unverheirateter Brenner, der vorwärts kommen will, gesucht zur Ausbildung und Verwendung als **Lehrbrenner** für die von uns wärmewirtschaftl. übernahmten Porzellan- und Steingutbetriebe. Selbstgeschriebener Lebenslauf mit Angabe der bisherigen Stellungen, Zeugnisabschriften, Alter und Gehaltsansprüche an **Ingénieur-Schiffahrt für Wärmewirtschaft, A.-G.** Köln, Hanfaring 96.

Jüngerer lediger Glasurmalers möchte sich verändern. Gest. Offerten werden unter „F. 106“ an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Werthen kauft und für weiteste Verbreitung des Inhalts trägt.

Arbeitsrecht und Bodenrecht. Eine Mahnung an werkschaften und Parteien von Heinz Rothhoff, Münch. 48 Seiten. Verlagsgesellschaft des ADGB m. b. H., Berlin SO. 16. Grundpreis 220 Mk. Rothhoff geht von der Zeit aus, daß das Arbeitsverhältnis bisher mifverstanden und als ein vermögensrechtliches Schulverhältnis, in dessen Mittelpunkt der Austausch von Arbeitsleistung gegen Lohn während es in Wirklichkeit ein personenrechtliches Organisationsverhältnis ist, dessen wichtigste Aufgabe die Zusammenfassung von Massenarbeit ist. Alle die mit der Bodenrecht zusammenhängenden Fragen finden in dem Buche eine dringende, aber sehr instruktive Behandlung. Rothhoff sieht der Grundrente nicht nur die Quelle zu ergiebigen, sondern auch unerschöpflichen Staatseinnahmen.

Alte oder neue Bauwirtschaft. Diese Schrift, von Dr. Martin Wagner verfaßt, ist im Verlag der Vorwärtsbuchhandlung, Berlin SW. 68, Lindenstr. 8, erschienen. Grundpreis 0,75 Mk. — Die Schrift zeigt die Wege, die im Bau- und Wohnungswesen beschritten werden können, beschritten werden müssen. Auch die Gewerkschaftsbüchereien seien hiermit diese Schrift aufmerksam gemacht.

Die volkswirtschaftlichen Grundbegriffe nach der Lehre von Karl Marx. Der Verfasser, Julian Borchardt, hat darin eine Schilderung der Entwicklung der modernen Volkswirtschaftslehre von ihren Begründern über die klassische Nationalökonomie bis zu Marx und seine Auseinandersetzung mit den neueren Theorien. Er erschienen ist die Schrift in E. Laubachs Verlagbuchhandlung, Berlin S. 64. (Grundpreis 2,50 Mk.)

Der Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung. Unter diesem Titel hat Dr. Curt Geyer in der Thüring. Verlagsanstalt und Druckerei in Jena eine Schrift erscheinen lassen, die er einen soziologischen Versuch nennt. (111 Seiten, Grundpreis 3 Mk.) Curt Geyer weist darin nach, daß der Radikalismus weniger jeder praktischen Arbeit ist und daß es insbesondere den Anhängern des Radikalismus viel weniger die Erkenntnis der Massen, sondern viel mehr auf den Glauben ankommt. Deshalb arbeitet der Radikalismus und die Bewegung, welche den Radikalismus am augenfälligsten vertritt, also der Kommunismus, viel mehr mit Außerlichkeiten, als dies Parteien tun, denen es auf die wirkliche Erkenntnis der Dinge und auf die wirkliche Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse ankommt. Die Schrift wird von der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes empfohlen.

Adressenänderungen.

Thiersheim (Oberfr.). Vorf.: Jakob Hoffmann, Kassierer Lorenz Flügel. Schriftführer: Ludwig Fraas; sämtlich Thiersheim.

Tiefenfurt. Vorf.: Oswald Kirche, Dreher, Tiefenfurt.

Bekanntmachung.

Hochstadt a. M. Zur Beachtung! Um in Zukunft weitere Unannehmlichkeiten vorbeugen, erjuche ich alle Mitglieder sich bei eventueller Vorwerbslosigkeit innerhalb drei Tagen bei Kassierer zu melden. Ich verweise ausdrücklich auf § 1 Biffer 4 bis 7.

Adam Müller, Kassierer der Bahnhofs-Hochstadt a. M.

Quittungen.

Die Sammlungen für die streikenden **Bandarbeiter** in Schlesien ergaben die erfreuliche Summe von 8452 000 Mk. **Bahnhofs Waldenburg.**

† Sterbetafel †

Laasdorf. Franz Nachbar, Dreher, geboren am 4. April 1859 zu Altrohan, gestorben am 29. Juni an Asthma, Mitglied seit 1917.

Selb. Christian Neul, Schmelter, geboren am 14. August 1861 zu Selb, gestorben am 22. Juni an Rippenfellentzündung. Mitglied seit 1918.

Walsleben. Johann Schneider, Maffemüller, geboren am 27. Juni 1866 zu Konnebreuth, gestorben am 18. Juni an Wirbel- und Lungentuberkulose. Mitglied seit 1919.

Chre ihrem Andenken!

Schlossermeister, verheiratet, mit guter allgemeiner und technischer Bildung, Absolvent einer Maschinenbauhochschule und eines Elektrotechnik- und langjähriger Praxis in allen keramischen Maschinen, Motoren, Akkumulatoren, sowie Wärmeleitung sucht Stellung in einem großen Werk. Gest. Offerten werden unter „F. 105, Schlossermeister“ an die Redaktion der „Ameise“ erbeten.

Einige perfekte Anglasurmalers für Hand, Wand und feine Staffage stellen noch ein (106) **E. & C. Carstens, Porzellanfabrik, Sorau, A.-L.**

Geschäfts-Anzeigen.

Offer. für Dreher **Bismoceschwämme**, das Stück von 40 bis 20 Goldpfennige (1 Goldpfennig zurzeit 70 bis 80 Papiermark), klein, Sebastianer, das kilo 40, große prima Sebastianer Schwämme zu 60 engl. Schill. (1 Schill. zurzeit 7000 bis 9000 Papiermark), klein, Sebastianer **Elephantenschwämme** 72, röhrene prima 95 Schill. pro kilo, prima weiche, saugfähige **Reichschwämme** 28 Schill. **Hardhead-Glasur- u. Garnierungschwämme**, sowie große **Handschwämme** für Großsteingut, das kilo 15 Schill., zahlbar und berechnet auf Wunsch in deutsche Reichsmark zum amtlichen Berliner Briefbörsenkurs am Regulierungstage. Ziel 2 bis 4 Wochen laut Vereinbarung.

H. Ringelsohn, Schwammimport, Berlin C. 25, Prenzlauerstr. 43.

CHRISTOF SACK
SCHWARZENBACH A. D. SAALE
Import und Export von Schwämmen.
speziell für die keramische Industrie.
Stets großes Lager in sämtlichen vorrätigen Sorten. Muster bereitwilligst Fernsprecher Nr. 17

Herausgegeben vom Verband der Porzellan- und verbandten Arbeiter- und Arbeiterinnen.
Red.: Edwin Menninger, Charlottenburg, Rosinenstr. 4
Verlag: Wilhelm Herber, Charlottenburg, Rosinenstr. 4
Druck: G. Sanitzschewski, Berlin SO., Elisabethufer 28/29